

Trennen die Solothurnerinnen und Solothurner ihren Abfall schlecht?

Im Kanton Solothurn ist der Anteil separat gesammelter Altstoffe so tief wie nirgendwo sonst – das zeigt eine Auswertung des Bundes. Wie kann das sein? Es ist kompliziert.

Sven Allematt

Voll im Schnitt? Nicht selten landet Solothurn bei nationalen Auswertungen im soliden Mittelfeld. Sorgsam wird das Image eines «Kantons des Durchschnitts» gepflegt. Und als hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, wurde jüngst bekannt, dass an der Urne kein anderer Kanton so oft gleich abstimmt wie die Schweizer Mehrheit. Doch ausgerechnet hier ist Solothurn das nationale Schlusslicht: bei der sogenannten Separatsammelquote. Was technisch klingt, verrät einiges über unsere Lebensweise. Der Wert gibt Aufschluss darüber, wie gross der Anteil separat gesammelter Altstoffe an der Gesamtmenge der Siedlungsabfälle ist. Es handelt sich um Stoffe, die getrennt vom Hauskehricht gesammelt und recycelt werden. Papier und Karton werden für die Quote ebenso berücksichtigt wie Glas, Metall, Alu und Weissblech.

Die Separatsammelquote des Kantons Solothurn liegt bei 26,8 Prozent. Das geht aus dem «Cercle Indicateurs 2021» des Bundes hervor. Dieses umfassende Monitoring misst anhand verschiedener Indikatoren, wie es um die nachhaltige Entwicklung in den teilnehmenden Kantonen steht. Insgesamt schneidet Solothurn zwar auch hier recht durchschnittlich ab. Doch die Sammelquote ist nirgendwo so tief wie im Kanton. Im Durchschnitt ist diese mit 36,7 Prozent um fast zehn Prozentpunkte höher. Spitzenreiter ist Uri mit einer Sammelquote von 59,8 Prozent.

Mehr Abfall in Privathaushalten

In einem Kommentar dazu bezeichnen die Behörden die Entwicklung im Solothurnischen denn auch als «weniger erfreulich»: Seit 2011 ging die Separatsammelquote hier stetig zurück, während sie in anderen Kantonen im gleichen Zeitraum stabil blieb.



Gilt als Vorzeigeprojekt: Der gemeinnützig orientierte Solothurner Velodienst Collectors hat ein «Recyclingabo» im Angebot. Bild: Bruno Kissling

Wie kann das sein? Trennen die Solothurnerinnen und Solothurner ihren Abfall weniger fleissig als die Bewohnerinnen und Bewohner anderer Kantone? Nun, es ist kompliziert. Eine Spurensuche bei Gemeinden – von hier aus gelangen die Abfalldaten via Kanton nach Bern – führt zu keinem schlüssigen Ergebnis.

Nachfrage also bei Valentin Burki, der im kantonalen Amt für Raumplanung zuständig ist für Themen der nachhaltigen Entwicklung. Er schickt voraus:

«Es lässt sich nicht der eine Grund nennen, warum die Separatsammelquote im Kanton tiefer ist als anderswo.» Es gebe übergeordnete Entwicklungen, die sich darauf auswirkten. So sei die Menge des Siedlungsabfalls in den privaten Haushalten während der Coronazeit deutlich gestiegen. Ebenso sinke die Menge des eingesammelten Papiers wegen des Trends zum papierlosen Büro, so Burki. «Auch das beeinflusst die Separatsammelquote.» Und schliesslich gebe es saisonal bedingte

Schwankungen bei der Abfallmenge.

Patzen die Gemeinden bei den Daten?

Trotzdem weiss auch Burki: «Allein damit dürfte sich noch nicht erklären lassen, warum die Separatsammelquote im Solothurnischen tiefer ist.» Obwohl der Indikator bewusst jene Abfallkategorien berücksichtige, die am ehesten in der ganzen Schweiz einheitlich gesammelt werden, könnten die Modalitäten von Gemeinde zu Gemeinde stark

variieren. Als grossen Unsicherheitsfaktor bezeichnet Burki die Datenerhebung. Dafür zuständig sind eben die Gemeinden. Die Erhebung der Daten und die Weitergabe an das kantonale Amt für Umwelt stehe «bei den vielen anderen Aufgaben einer Gemeinde verständlicherweise nicht immer im Vordergrund», sagt er.

Das Gesetz schreibt vor, dass Abfall vermieden oder zumindest wiederverwertet werden soll, bevor er entsorgt wird. Der Grundgedanke dahinter: ein rohstoffschonender Umgang. Deshalb ist es laut Burki eine Überlegung wert, mit der Separatsammelquote die Bevölkerung zu sensibilisieren, ihren Abfall korrekt zu trennen und zu entsorgen. Aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung sei dies ein wichtiges Ziel, betont er.

Handlungsbedarf besteht durchaus

Der Kantonsexperte verweist auf lokale Projekte, die genau darauf abzielen. So bietet etwa der gemeinnützig orientierte Velodienst Collectors im Solothurnischen ein «Recyclingabo» an. Deren Mitarbeitende holen Recyclinggut – wie Flaschen, PET oder Dosen – mit einem Cargo-E-Bike bei Privaten ab und entsorgen dieses anschliessend fachgerecht. Beschäftigt werden Sozialhilfeempfänger. Burki: «Damit werden gleich mehrere Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung angesprochen.»

Allein: Dass Handlungsbedarf besteht, lässt sich kaum von der Hand weisen. Der «Cercle Indicateurs» soll schliesslich Verbesserungspotenzial in den Kantonen aufzeigen – um dann «gegebenenfalls politische Massnahmen zu ergreifen», wie es beim Bund heisst. Und selbst wenn die Separatsammelquote tatsächlich wegen Erhebungsfehlern verfälscht sein sollte: Es dürfte kaum im Interesse von Kanton und Kommunen sein, in einer nationalen Auswertung als Abfallmuffel dazustehen.

Kanton sucht Familien für junge Flüchtlinge

Pflegeplätze Kinder und Jugendliche zählen aufgrund ihrer Migrations- und Fluchtgeschichte zu einer sehr verletzlichen Gruppe und sind auf eine besonders altersgerechte Unterbringung und Betreuung angewiesen. «Pflegefamilien können dies in einem familiären Rahmen bieten», teilt der Kanton Solothurn mit. Das Pflegefamilien-setting würde den unbegleiteten Minderjährigen die Teilnahme am Leben und den Spracherwerb erleichtern. Aktuell zeichne sich im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ein wachsender Bedarf an Pflegefamilien ab, aber auch für unbegleitete Minderjährige aus weiteren Krisengebieten bestehe ein entsprechender Bedarf, so die Staatskanzlei.

Damit unabhängig von der Herkunft der Kinder und Jugendlichen ein ausreichendes Unterbringungsangebot vorhanden ist, sucht das Amt für Gesellschaft und Soziales zusätzliche Pflegefamilien als Ergänzungen zu den aktuell 13 Pflegefamilien im Kanton Solothurn.

Die Betreuung und Begleitung von Minderjährigen könne aufgrund von Traumatisierungen, welche sie erlitten haben, sowie der sprachlichen Verständigung, anspruchsvoll sein. Entsprechend müsse bei den Familien die Bereitschaft und Fähigkeit vorhanden sein, mit spezifischen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen aus Krisengebieten umzugehen, informiert die Staatskanzlei.

Wer Kinder oder minderjährige Jugendliche zur Pflege und Erziehung in seinen Haushalt aufnehmen will, benötigt eine Bewilligung des Kantons. Das Amt für Gesellschaft und Soziales klärt die Eignung von Pflegefamilien ab und stellt die Bewilligung aus. (szr)

Handelskammer für Gegenvorschlag

Parolen Der Vorstand der Solothurner Handelskammer will, dass im Kanton die Einkommenssteuer gesenkt wird. Die Initiative «Jetz si mir draa» lehnt der Wirtschaftsdachverband jedoch ab, weil diese «ruinöse Steuerausfälle zur Folge hätte». Dem Gegenvorschlag indes, der «vernünftige Steuersenkungen» vorsehe und mit dem höheren Kinderdrittbetreuungsabzug dem Fachkräftemangel entgegenwirke, stimmt die Handelskammer mit grossem Mehr zu.

Weiter hat der Verband die Parolen zu zwei eidgenössischen Vorlagen gefasst: Ja zur Erweiterung des Beitrags an die europäische Grenzschutzagentur Frontex, da man Schengen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen wolle, und Nein zum Filmgesetz, weil damit Schweizer Filme erstmals nicht mehr nur mit Steuermitteln, sondern mit einer Konsumabgabe finanziert würden. Zustimmung erfährt die kantonale Verfassungsänderung betreffend Zuständigkeiten im Volksschulgesetz. (szr)

Schläger kommt glimpflich davon

Er schlug an der Fasnacht 2019 in Solothurn eine Frau brutal zusammen. Das Obergericht senkte nun seine Strafe.

Ornella Miller

Der 34-jährige Italiener Ricci (Name geändert), der während der Fasnacht 2019 in Solothurn unter Alkohol- und Drogeneinfluss eine damals 37-jährige Frau attackierte, wurde vom Obergericht verurteilt. Er erhielt eine geringere Gefängnisstrafe als noch vor Amtsgericht, jedoch einen längeren Landesverweis.

Statt 38 Monate Gefängnis unbedingt erhält er für die versuchte schwere Körperverletzung 21 Monate unbedingt, statt 5 sind es nun 6 Jahre Landesver-

weis. Der Dauerdelinquent erhält allerdings keine wohl überfällige Therapie. Die drei Vorstrafen waren bloss bedingte Geldstrafen. Erst während der ersten Obergerichtsverhandlung im Dezember 2021 ordnete man ein psychiatrisches Gutachten an. Dieses ergab, dass Ricci zum Tatzeitpunkt leicht bis mittelgradig schuldunfähig war, weil er unter einer emotional instabilen Persönlichkeitsstörung leide und eine Alkohol- und Drogenintoxikation gehabt habe. Er sei therapiewillig und es könnten auch Fortschritte er-

zielt werden, so der Gutachter. Staatsanwältin Melanie Wasem hatte im Berufungsprozess eine Therapie beantragt.

Keine Therapie, obwohl sie sinnvoll wäre

Doch das Obergericht mit Daniel Kiefer, Hans-Peter Marti und Ursulina Lupi entschied am Montag, dass Ricci keine Therapie erhält, obwohl eine solche «sinnvoll» wäre. Dies, weil es gar keine Therapie anordnen dürfe, da diese nicht schon bei der ersten Instanz erwogen worden sei. Man dürfe das Urteil

nicht «verschlechtern». Es folgte hierin einem Bundesgerichts-urteil.

Im Strafmass von 21 Monaten ist eine Reduktion von 14 Monaten wegen verminderter Schuldfähigkeit enthalten, so das Obergericht. Es betonte die «Brutalität» und wie «überraschend», «hartnäckig, entschlossen» Ricci agierte. Bezüglich Landesverweises bejahte es einen Härtefall, doch die öffentlichen Interessen gewichte es höher. Ein geringes bis mittleres Rückfallrisiko reiche, es sei ein hohes Rechtsgut verletzt. Als